

extraDrei

Die Zeitung für Pankow – Prenzlauer Berg – Weißensee



Wahlverlierer



Seite 3

Vorgestellt



Seite 4/5

Programm



Seite 7

Aus BVV und Ausschüssen

Nur K's im Bezirksamt

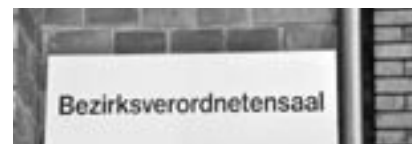


Am 27. Oktober hat sich die neue Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) konstituiert. Stärkste Fraktion mit 17 Verordneten ist die SPD, gefolgt von den Grünen mit 13 Sitzen. DIE LINKE ist nur noch auf Rang drei mit elf Verordneten. Die CDU ist mit acht Verordneten, davon nur eine Frau, und die Piraten mit sechs Männern und keiner einzigen Frau vertreten. Als neue Vorsteherin der BVV wurde die bisherige SPD-Fraktionsvorsitzende Sabine Röhrbein gewählt. Der Alterspräsident wünschte - zur allgemeinen Erheiterung - hierzu Gottes Segen. Anschließend wurde das neue Bezirksamt gewählt. Es wurde von sechs auf fünf Stadträte verkleinert und wird nach Proporz besetzt. Alle Fraktionen bis auf die Piraten haben Anspruch auf mindestens einen Stadtrat. Der Buchstabe K scheint wichtig zu sein, um Stadtrat zu werden - jedenfalls wurden lauter K's gewählt. Der alte ist der neue Bürgermeister. Matthias Köhne wurde als erster Pankower Bürgermeister wiedergewählt, nachdem er vorher angekündigt hat, nicht „Durchregie-

ren“ zu wollen. 35 Verordnete, das heißt fünf Stimmen über der rot-grünen Zählgemeinschaft, gaben Köhne das Ja-Wort. Elf Verordnete votierten mit Nein und neun Verordnete haben sich enthalten. Die rot-grüne Zählgemeinschaft hatte wenige Tage zuvor eine schriftliche Vereinbarung geschlossen. Um vom Land vorgegebene Einsparungen von fünf Millionen Euro zu erbringen, wollen SPD und Grüne besonders Einsparungen bei Immobilien, im Kulturbereich sowie bei den Hilfen zur Erziehung und zur Eingliederung erbringen. Eine Vereinbarung, bei der es so aussieht, als werde sie zu Lasten der von der LINKEN bislang innegehabten Ressorts Jugend, Kultur und Immobilien gehen. Als stellvertretenden Bezirksbürgermeister wählte die BVV den bisherigen Stadtrat für öffentliche Ordnung Jens-Holger Kirchner (Grüne) mit 33 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und neun Enthaltungen. Kirchner wird zukünftig des Superressort Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr betreuen. Mit demselben Ergebnis wurde die bisherige SPD-Stadträtin für Schule, Soziales und

Gesundheit, Lioba Zürn-Kasztantowicz gewählt. DIE LINKE schickte die alte und neue Stadträtin für Jugend und Immobilien Christine Keil als „kleinste, aber stärkste Frau der Fraktion“ ins Rennen, so der Fraktions-Chef van der Meer. Die Kleinstewurde mit dem besten Ergebnis gewählt. 36 der 55 Verordneten votierten für sie, elf stimmten mit Nein und acht Verordneten enthielten sich der Stimme. Die CDU schickte einen Neuen ins Rennen, den 35 Jahre alten Physiker Torsten Kühne. Er fiel im ersten Wahlgang durch. Nur 16 Verordnete votierten für ihn, 24 stimmten mit Nein und 15 enthielten sich. Im zweiten Wahlgang stimmten 22 Verordnete für Kühne, 14 dagegen und 19 enthielten sich. Damit war der letzte K dann auch gewählt, da nach BVV-Geschäftsordnung mehr Ja- als Neinstimmen reichen, um gewählt zu werden.

Sandra Brunner



Kein (un)politisches Bezirksamt



Unmittelbar nach der Konstituierung des neu gewählten Abgeordnetenhauses konstituieren sich in den zwölf Bezirken Berlins auch Bezirksverordnetenversammlungen (BVV). In der Einheitsgemeinde Berlin sind sie seit 1920 - mit langen Unterbrechungen - Teil der Bezirksverwaltung. Die Wahl der BVV erfolgt zusammen mit der des Abgeordnetenhauses, aber anders als beim Berliner Parlament, haben zur Wahl der BVV auch die in Berlin lebenden EU-Bürger aktives und passives Wahlrecht, können also wählen und gewählt werden. Zur BVV gibt es keine Personen- bzw. Einzel-, sondern nur eine Listenwahl, es werden Parteien oder Wählergemeinschaften gewählt und es gibt statt der üblichen Fünf- nur eine Dreiprozenthürde. Auch das Wahlalter kennt einen Unterschied, BVV wählen darf man schon ab 16. Die BVV gilt als Organ der bezirklichen Selbstverwaltung, sie ist kein

Parlament, Bezirksverordnete sind „Feierabendpolitiker“ und arbeiten ehrenamtlich. Die Bezirksverordneten sollen die Kontrolle über die Verwaltung des Bezirks ausüben, über den Haushaltsentwurf beschließen und die „der BVV zugewiesenen Angelegenheiten“ entscheiden sowie Verwaltungshandeln anregen. Die BVV wählt das Bezirksamt (Bürgermeister und Stadträte) und kann einzelne Mitglieder des Bezirksamtes auch wieder abberufen. An der Arbeit des Bezirksamtes sollen alle in der BVV vertretenen Parteien bzw. Wählergemeinschaften proportional beteiligt werden. Bis 1992 war das Vorschlagsrecht für die Sitze im Bezirksamt auch vollständig an den Proporz gebunden, nur die stärkste Fraktion hatte ein Vorschlagsrecht für das Bürgermeisteramt. Zur Verhinderung von PDS-Vorschlägen wurde seit dem die Möglichkeit der Bildung von Zählgemeinschaften zur Bür-

germeisterwahl geschaffen. Auch wenn es in der Bezirksverordnetenversammlung weder Koalition noch Opposition geben soll, nach der Verfassung auch nicht geben dürfte, die Aufgabe der Zählgemeinschaften mit der Wahl des Bezirksamtes erschöpft ist, wirken die dabei getroffenen „Vereinbarungen“ oft für die Dauer der Wahlperiode fort. So haben für diese Wahlperiode in Pankow SPD und Grüne sehr weitreichende „Verabredungen“ getroffen, die alle anderen Parteien in die Oppositionsrolle zwingen.

Michael van der Meer
Vorsitzender der Linksfraktion in der BVV Pankow



Das Interview

DIE LINKE nach den Wahlen

extraDrei sprach mit Sören Benn, Bezirksvorsitzender der LINKEN Pankow, über die Wahlniederlage der Berliner LINKEN im September 2011 und den Aufgaben der Partei bis 2013:

Engagiert gekämpft und trotzdem ganz schön verloren. Wie ist die Stimmung bei der Pankower LINKEN nach den Berliner Wahlen?

Sehr unterschiedlich. Aber alle sind schwer enttäuscht. Es gibt sachliche Analyseversuche, aber auch emotionale Reaktionen. Manche legen den Fokus dabei mehr auf Personen, andere auf die Regierungsbilanz und wieder andere auf unsere internen Strukturen. An allen Dingen ist etwas dran.

Hat sich unsere Regierungsverantwortung in Berlin in der Koalition mit der SPD gelohnt?

Das kommt auf die Perspektive an. Den Berlinern hat sie sicher nicht geschadet, aber sie hat ihnen allem Anschein nach auch nicht genug genutzt. Die Diskussion darum, was welchen Anteil am Wahlergebnis hatte, ist noch nicht abgeschlossen. Da gibt es kontroverse Einschätzungen - von zu wenig Rückenwind aus der Bundespartei bis zur alleinigen Verantwortung der Landespolitik. Konsens ist allerdings ist, dass wir zu brav waren.

DIE LINKE ist bei den Wahlen in Berlin und in den anderen Bundesländern in diesem Jahr deutlich hinter den selbst gesteckten Erwartungen zurückgeblieben. Woran hat's gelegen?

Die Partei ist innerlich noch im Werden. Es gab immer wieder sehr harte Debatten, sowohl inhaltlich auch als personenbezogen. Nicht alle sind in der Lage, damit jederzeit souverän umzugehen, ich schließe mich da ein. Andererseits müssen wir diese Debatten auch führen, um zu einem gemeinsamen Verständnis von Funktion und Ziel unserer Partei zu kommen.

Welche Schlussfolgerungen haben der Bezirksvorstand und die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung nach der

Analyse der Wahlergebnisse gezogen?

Drei Dinge vorläufig: Intensive Kommunikation mit Basis und Öffentlichkeit, attraktivere Beteiligungsmöglichkeiten und eine einladende Kultur, die neue Räume zum Eigenengagement eröffnet. Intern brauchen wir mehr Austausch und nach außen ein klareres Profil, auch in Pankow.

Mangelt es in der Partei an Kommunikation, Toleranz, Offenheit und Aufgeschlossenheit in der politischen Auseinandersetzung und im Bündnis mit anderen?



Den Eindruck kann man gewinnen, ja. Es wird eine der Herausforderungen sein, diese Bündnisse neu zu beleben oder zu schaffen. Überall dort, wo die Menschen aus der Privatsphäre heraustreten und als gesellschaftliche Wesen in Erscheinung treten, sollten auch wir sein. Es gibt weit mehr inhaltliche Bündnismöglichkeiten, als wir bisher politisch

wirksam machen konnten. Unser neues Programm liefert uns dafür Orientierung. Keine Partei steht so oft und so regelmäßig vor Jobcentern wie wir. Keine Partei bietet so viel politische Unterstützung für die Ausgegrenzten an wie wir. Wir müssen tatsächlich Adressat für das verbreitete Unbehagen am Turbokapitalismus werden. Wir haben die richtige Kritik und das sehen die Leute auch. Das Zutrauen, dass wir diese Probleme lösen können, ist aber nicht ausgeprägt.

Weniger Abgeordnete und Verordnete müssen künftig mehr Aufgaben und Verantwortungen schultern. Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für den Bezirksverband?

Alle Gewählten sind gehalten, das Ohr an der Basis zu haben und dort präzenter zu werden. Die Basis ist das Rückgrat der Partei. Die Gewählten müssen offener werden für Anregungen, Vorschläge und Kritiken. Bei der stärkeren Belastung, die nun die weniger Gewordenen zu schultern haben, wünsche ich mir auch, dass die Basis auf die Gewählten offensiver zugeht, sie einlädt, mit Anfragen konfrontiert und Anregungen gibt. Zudem wünsche ich mir, dass wir in der nächsten Zeit Schritte zur Bildung für demokratische, lebendige und transparente Ortsverbandsstrukturen gehen, damit wir wieder stärker wieder in der Öffentlichkeit präsent sind.

Interview:

Renate Tepper/Sandra Brunner



DIE LINKE in der BVV

Vorgestellt I

Helga Adler, Jahrgang 1943, Kunst- und Politikwissenschaftlerin: Ein soziales Pankow muss Frauen Unterstützungsstrukturen für ein selbstbestimmtes Leben bieten und deren solidarische Netzwerke fördern.

Axel Bielefeldt, Jahrgang 1947, Geschäftsführer:

Mein Interesse gilt dem Klima- und Umweltschutz sowie dem Gesundheits- und Sozialwesen und den Fragen der Bürgerbeteiligung.

Jasmin Giama, Jahrgang 1970, Kultur- und Betriebswirtschaftswissenschaftlerin:

Humanismus, ein soziales Miteinander und ein interkultureller Bezirk bedürfen eines stetigen Engagements. Besonders interessiert mich deshalb der Ausschuss Gleichstellung und Integration.

Christine Keil, Jahrgang 1953, Diplomingenieurin, seit 1996 Bezirksstadträtin:

Mein Engagement gilt dem Erhalt und der Qualitätssicherung der öffentlichen Angebote im Bereich Kita, Schule und Familie. Für die Erfüllung dieser Aufgaben müssen die Bezirke vom Senat besser finanziell ausgestattet werden.

Wolfram Kempe, Jahrgang 1960, Chemiefacharbeiter, Krankenpfleger, Schriftsteller:

Ich möchte mein bisheriges Engagement für die Ordnungs- und Verkehrspolitik sowie für die Stärkung der Mitwirkungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern bei Straßenbauvorhaben und im Bereich Verbraucherschutz fortführen.

Katrin Maillefert, Jahrgang 1961, Philosophin:

Wer arm ist, lebt häufiger in einer Umwelt mit höheren Lärmbelastungen, schlechterer Luft und weniger Grün. Umweltgerechtigkeit heißt deshalb auch mehr Grün und Erhalt der Kleingärten.

Michael van der Meer, Jahrgang 1957, Historiker, Fraktionsvorsitzender:

Pankow ist dramatisch unterfinanziert. Zudem werden die Prioritäten kommunaler Entwicklung verschoben. So boomen Straßenbau und Verkehrsüberwachung oft zu Lasten von Kultur und Bildung. Das muss sich ändern.

Michail Nelken, Jahrgang 1952, Facharbeiter, Philosoph, 2006 bis 2011 Bezirksstadtrat:

Ich will weiterhin für eine linke Kommunalpolitik wirken, die nicht nur vertritt, sondern zur Selbstvertretung ermächtigt, die transparent, kritisch und selbstkritisch mobilisierend wirkt.

Niels Petring, Jahrgang 1958, Politikwissenschaftler:

Die Jugendhilfe ist ein langjähriges hauptberufliches wie ehrenamtliches Betätigungsfeld von mir, nicht zuletzt die Sicherstellung der Finanzierung dieser Arbeit. Beim Thema "Hilfen zur Erziehung" sind die dicksten Bretter zu bohren, packen wir's an!

Ines Pohl, Jahrgang 1971, Sozialarbeiterin, Betriebsratsvorsitzende:

Schon zehn Jahre in der Kommunalpolitik und trotzdem "brenne" ich weiterhin für die Themen Antifaschismus, Antirassismus, Migration und Integration und engagiere mich für gesellschaftlich Benachteiligte.

Kathrin Schulz, Jahrgang 1970, freie Mitarbeiterin, Elternvertreterin:

Gerechtes, soziales und auf Gemeinwohl orientiertes Handeln geht nur gemeinsam, wenn wir was verändern wollen. Deshalb setze ich mein Engagement in der Betroffenenvertretung Komponistenviertel und Elternausschüssen fort.

Matthias Zarbock, Jahrgang 1970, Autor, Fraktionsgeschäftsführer:

Für mich sind Kultur und Bildung Teil der sozialen Frage: Kultur ist Grundbedingung für die Entfaltung der Persönlichkeit und des kollektiven Miteinanders. Bildung ist ein Schlüssel zu mehr Chancen für den Einzelnen und stärkt zugleich den sozialen Zusammenhalt.



Die Pankower Abgeordneten der LINKEN im Abgeordnetenhaus

Vorgestellt II

Im Abgeordnetenhaus von Berlin finden Sie und Ihr folgende Pankower Abgeordnete, die für DIE LINKE Berlin ins Parlament eingezogen sind:



Elke Breitenbach,
50 Jahre,
Politikwissenschaftlerin:

Wir wollen die gesellschaftliche Teilhabe von allen. Deshalb haben wir den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) in Berlin eingeführt. Hier sind rund 7.000 Arbeitsplätze entstanden – existenzsichernd und sinnvoll. Schwarz-Rot in Berlin will dies nun abschaffen. Wir werden um den ÖBS kämpfen.



Klaus Lederer,
37 Jahre,
Jurist:

Privatisierungen im Bereich der Öffentlichen Daseinsvorsorge müssen rückgängig gemacht und öffentlicher Einfluss u.a. in den Bereichen der Wasser- und Energieversorgung sowie beim Nahverkehr gestärkt

werden. Mit Rot-Schwarz findet die Rekommunalisierung wichtiger Bereiche der Daseinsvorsorge sicher nun ein Ende. Als Jugendsozialarbeiterin und Familienhelferin habe ich hautnah die Probleme der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familien erlebt.



Katrin Möller,
44 Jahre,
Erzieherin und
Sozialpädagogin:

Politische Entscheidungen wirken sich unmittelbar auf unsere Lebens- und Arbeitswelt aus. Deshalb brauchen die Bezirke eine auskömmliche Ausstattung im Bereich Hilfen zur Erziehung, damit jedes Kind und jede Jugendliche Chancen auf eine gute Entwicklung hat.



Marion Seelig,
58 Jahre,
Journalistin und Autorin:

Als LINKE haben wir die sog. Extremismusklausel der Bundesregierung abgelehnt. Sie verlangt

von Projekten, die Fördergelder für ihren Einsatz gegen Rechtsextremismus bekommen wollen, ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und eine Gesinnungsprüfung ihrer Projektpartner. Nun will Schwarz-Rot in Berlin anscheinend Vereinen kein Geld mehr bewilligen, wenn sie im Verfassungsschutzbericht erwähnt werden. Damit wird der erfolgreiche Kampf der letzten Jahre gegen Rechts in Frage gestellt.



Udo Wolf,
49 Jahre,
Fraktionsvorsitzender:

Wir haben in zehn Jahren Regierungspolitik in vielen Bereichen Berlin zum Positiven verändert. In der Opposition werden wir viele Verteidigungskämpfe gegen die Rückabwicklung rot-roter Politik führen müssen. Zusammen mit den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, den Gewerkschaften, Projekten und Initiativen werden wir dies in allen Politikfeldern tun.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Wohin man auch schaut: Im Super-Wahljahr hat DIE LINKE nirgendwo erreicht, was sie erreichen wollte. Hier in Berlin sind wir infolge dessen nur mit 19 statt mit 22 Abgeordneten im Landesparlament vertreten, für eine Fortsetzung von Rot-Rot war es zu wenig und die Diskussion, woran es denn lag, wird noch viele Tage Zeit in Anspruch nehmen. Vielleicht gibt es für kleinere Partner Grenzen, wenn man eine Koalition erfolgreich führen möchte. Vielleicht hätten wir Konflikte besser vermitteln müssen. Denn mit der SPD gestritten haben wir in den letzten Jahren nicht zu knapp. Aber es wurde offensichtlich nicht so wahrgenommen, wie wir immer dachten.

Was feststeht, und das wurde auf dem Bundesparteitag in Erfurt deutlich, ist, dass wir als Gesamtpartei wieder mehr Strahlkraft erreichen und angesichts der Finanzmarktkrise und einer drohenden Weltwirt-

schaftskrise unseren Gebrauchswert zurückerobern müssen. Denn auch in Berlin ist nach der Wahl vor der Wahl. Mit uns werden die Grünen und die Piratenpartei in der Opposition sitzen. Die Piraten, die noch ganz neu sind im Parlament, die Transparenz über alles stellen. Von denen wir aber nicht wissen, wie sie zum drohenden Sozialabbau stehen. Und die Grünen, die dreimal am Tag ihre Meinung gewechselt haben, sind auch keine sichere Bank. DIE LINKE hat in den vergangenen zehn Jahren in der Stadt Regierungsverantwortung getragen. Wir wissen, wovon wir sprechen, wenn wir Entscheidungen von Rot-Schwarz unter die Lupe nehmen.

Wir werden zur Verteidigung unserer Erfolge Schwerpunkte neu setzen müssen. Wir werden an unseren Vorschlägen zum Thema Wohnen und Mieten weiterarbeiten. Dort, wo wir in der Regierungszeit schmerzhafte Kompromisse eingegangen

sind, werden wir unsere Originalposition wieder in die öffentliche Auseinandersetzung bringen. Wir werden in und außerhalb des Parlaments weiter für eine gute soziale und ökologische Entwicklung der Stadt, für kulturelle Vielfalt, ein gleichberechtigtes Miteinander und für wirtschaftliches Wachstum streiten. Grundlage dafür ist das Programm, mit dem DIE LINKE zu den Wahlen angetreten ist. Es wurde sowohl für eine Regierungsbeteiligung als auch für die Oppositionspolitik geschrieben.

Udo Wolf

Vorsitzender der Linksfraktion im
Berliner Abgeordnetenhaus



Kurzmeldungen

Aus dem Bezirk

Ausgeplansch

Die Schwimmhalle Thomas-Mann-Straße ist wegen Wasserdurchlauf- und baulichen Schäden sowie Ausfall der Fernwärmestation seit Sommer geschlossen. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) fordert gegenüber den Bäderbetrieben und dem Senat die umgehende Sanierung der Halle und die Wiedereröffnung bis 2013. Sie ist unverzichtbar, denn 3.400 Kinder aus Schulen und Vereinen lernten hier Schwimmen. Der Berliner Senat hat im April 2008 den Fortbestand und die Sanierung der Schwimmhalle Thomas-Mann-Straße zugesagt. Die Sanierungsmittel standen zur Verfügung. Durch ungeklärte Vermögensverhältnisse wurden jedoch die 3,1 Millionen Euro auf andere Bäder übertragen. Alle Mittel aus dem Bädersanierungsprogramm 2007 bis 2012 sind ausgegeben. Deshalb sind zusätzliche Investitionsmittel notwendig. Mal sehen, ob Rot-Schwarz in Berlin sich rührt.



Stadtbad Oderberger

Seit 1986 ist das Stadtbad Oderberger Straße geschlossen. Seit einigen Jahren ist das Baudenkmal im Eigentum der Stiftung Denkmalschutz Berlin, um es zu vermarkten – ohne Erfolg. Nun zeichnet sich eine Lösung ab. Die BVV Pankow hat am 26. Oktober beschlossen, dem Liegenschaftsfonds als neuen Eigentümer und Betreiber, die GLS Sprachschule zu empfehlen. In einer öffentlichen Präsentation konnten die



Bewerber ihre Konzepte vorstellen. Die BVV überzeugte das Konzept der GLS, weil diese als lokaler Akteur bekannt ist und sich verpflichten möchte, das Bad als öffentlich zugängliches Kiez-Bad zu sanieren. Die Eintrittspreise sollen denen der Berliner Bäderbetriebe entsprechen.

Peter Edel



Wann ist endlich wieder Kultur im „Peter Edel“, so lautet die Frage vieler Bürger aus Weißensee und darüber hinaus. Dies ist gut zu verstehen, denn viel zu lange steht das Gebäude leer. Ganz aktuell wurden die letzten Formulierungen im Erbbaurechtsvertrag zum Betrieb einer privaten Schauspielschule abgestimmt. Das Nutzungs- und Sanierungskonzept für das Haus wurden angepasst und werden als Anlage dem Vertrag beigelegt. Wenn jetzt noch das Grundstück aktuell vermessen ist, kann der Vertrag unterzeichnet werden. Bevor tatsächlich im „Peter Edel“ wieder lebendiges Treiben herrscht, ist durch den zukünftigen Nutzer, „Berliner Schule für Schauspiel“, für 2012 die Sanierung geplant. 2013 könnte dann die Schauspielschule die Ausbildung in ihr neues Haus verlagern und Weißenseer am kulturellen Betrieb teilnehmen.

Grüner Otto für Mauerparkbebauung

Grünzüge, Kaltluftschneisen, Luftaustausch, Stadtklima... wohl keine grünen Kernthemen mehr. Obwohl der Grünzug Nasses Dreieck, Kleingärten Bornholm 1 und 2, Nordkreuz und Mauerpark eine für den dicht besiedelten Prenzlauer Berg, für das Stadtklima und die Luftqualität essentielle Kaltluftschneise darstellt, hat der

grüne Wahlkreisabgeordnete für den Mauerpark Andreas Otto nichts dagegen, dass da „ein wenig“ gebaut wird. So festgestellt auf der Podiumsdiskussion im September, vor den Abgeordnetenhauswahlen. Aber dass „ein wenig“ Bauen kaum realistisch ist, wenn das erst mal als Bauland ausgewiesen ist, interessiert nicht. Damit wird's wohl nix mit dem Kaltlufteinfall. Na ja, sie muss sich halt am Kinderbauernhof vorbeidrängeln, die Kaltluft.



Humusfront

Der Kampf der Kleingartenanlage Famos in Pankow geht weiter. Am Bahngelände Heynstraße, Maximilianstraße und Florapromenade sind 18 der Kleingartenparzellen akut bedroht, denn sie sollen vom Eigentümer des Geländes, der Deutschen Bahn, vertrieben zu werden. Entstehen soll eine hochwertige Baugruppe. Das ist nicht nur für die betroffenen Kleingärtner eine Katastrophe, sondern für die gesamte Kleingartenanlage. Auch für das Klima im Pankower Norden hätte das fatale Folgen. Denn die Kleingärten dienen der Region als Frischluftschneise. Das Amtsgericht hat den Nachbarrechtsstreit am 1. November nunmehr ans Landgericht verwiesen.



Was uns das neue Programm bringt und wie es weiter geht

Das Glas ist voller geworden

Wenn ich an den Anfang der Programmdiskussion und die kaum überwindbaren Gegensätze denke, dann bin ich mit dem jetzt verabschiedeten Programm nicht nur einverstanden, sondern sehe in ihm einen großen Schritt nach vorne. Warum? Ja, es ist ein Kompromiss und von überbordender Begeisterung kann bei mir keine Rede sein, aber er zeigt nicht nur die Kompromissfähigkeit der LINKEN, er schafft auch Klarheit. Einerseits über den hohen Grad der Übereinstimmung in den wichtigsten aktuellen Fragen und andererseits macht er auch die erheblichen Differenzen bei der Gesellschaftsanalyse und den sich daraus ergebenden Schwerpunkten sichtbar.

Das macht sich zum Beispiel an der unterschiedlichen Bewertung verschiedener Seiten der Arbeitspolitik fest, der Gewichtung zwischen Freiheits- und sozialen Rechten oder dem Verhältnis zwischen den positiven Potenzialen kapitalistischer Entwicklung und ihrer Tendenz zur Selbstzerstörung. Jede Seite glaubt von der anderen, dass sie eine falsche Sicht auf die Gesellschaft habe und sieht dann häufig auch nur den Unterschied, statt das gemeinsam Verbindende zu erkennen. Ich will einige Beispiele herausgreifen, an denen ebenso die Missverständnisse, wie die Kompromisse deutlich werden:

Ein gutes Beispiel für ein typisches Missverständnis war die Debatte über den Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), weil ihn seine Kritiker mit Argumenten bekämpften, die nicht den Kerngedanken des ÖBS betrafen, sondern die herrschende Arbeitsmarktpolitik. Es wurde nicht erkannt, dass der ÖBS kein herkömmliches Arbeitsbeschaffungsprogramm ist, sondern vor allem ein Instrument für den sozialen und ökologischen Umbau des Arbeitssystems. Obwohl der ÖBS neue, Existenzsichernde und sozial geschützte Arbeitsplätze schaffen muss, soll

er in erster Linie den selbstorganisierten Sektor zwischen staatlicher und privatwirtschaftlicher Daseinsvorsorge stärken. Es geht also nicht einfach um die Stärkung des Öffentlichen Dienstes, was die Kritiker des ÖBS betonen und was zusätzlich unverzichtbar ist, sondern hier geht es um den Ausbau des selbst organisierten Dritten Sektors zwischen Markt und Staat. Der nach unzähligen Interventionen gefundene Kompromiss ist für mich schwer zu schlucken, aber zum Glück ist keine Tür zugeschlagen.



Ein weiterer Streitpunkt war das im Programm vorherrschende Arbeitsverständnis, das sich im ersten Entwurf vor allem auf die herkömmliche Erwerbsarbeit und die Wert schaffenden Tätigkeiten beschränkte. Unter dem Titel „Gute Arbeit“ wurden ursprünglich zwar viele wichtige Forderungen für die Gestaltung der Erwerbsarbeit genannt, die Probleme der Arbeitsteilung, insbesondere zwischen Frauen und Männern, und die Dominanz der Mehrwert produzierenden Arbeit allerdings ausgeblendet. Ich habe deshalb in einem Diskussionsforum auf dem Programmkonvent dafür gestritten, stärker die wachsende Reproduktionsarbeit zu berücksichtigen, also alle Tätigkeiten, die der Bereitstellung oder Wiederherstellung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens dienen. Dies vor allem in den wichtigen Bereichen wie der Familie, der Pflege, dem Gesundheitswesen - Tätigkeiten, die immer noch überwiegend von Frauen geleistet werden. Deshalb ist es gut, dass auf Initiative des Frauenplenums der geschlechtergerechten Arbeitsteilung im Programm Rechnung getragen wird.

Und nach langjähriger Regie-

rungserfahrung bin ich froh, dass wir uns im Programm unsinnige Haltelinien gespart haben, die uns politisch handlungsunfähig machen. Je nach örtlichen Bedingungen zu entscheiden, ist einfach vernünftig.

Die Programmdebatte und die manchmal schwierige Suche nach Formulierungen, die die verschiedenen Seiten mittragen können, ist der für unsere Partei wahrscheinlich wichtigste Erfolg. Wobei es vor allem ein großes Verdienst des außerordentlich gut besuchten und lebhaften Hannoveraner Programmkonvents im letzten Oktober ist, ein wenig mehr Verständnis und Klarheit geschaffen zu haben. Ohne ihn hätte es keinen konsensfähigen Programmentwurf gegeben. Und wie immer lässt sich darüber streiten, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Ich finde, das Gefäß unserer Gemeinsamkeiten ist voller geworden. Damit haben wir zwei erfolgreiche Schritte hinter uns, wir haben ein neues Programm, welches unsere Alleinstellungsmerkmale, u.a. als Friedenspartei und Partei der sozialen Gerechtigkeit, sichtbar macht und wir haben an Konsensfähigkeit gewonnen. Jetzt aber müssen wir auch den dritten Schritt tun. Nicht nur um eine große Zustimmung bei der Mitgliederbefragung zum Programm zu werben und Überzeugungsarbeit zu leisten, in Berlin gilt dies gerade auch zu denjenigen Punkten, zu welchem im Programm die weitere Debatte angemahnt wird. Und nur die möglichst breite Debatte in allen Gliederungen der Partei kann dafür sorgen, dass daraus auch Politik wird.

Heidi Knake-Werner
Bundesparteitagdelegierte und
Senatorin a.D



Stammtisch

Wahlnachlese

Die Parteiversammlung war vorüber und wie so oft kam der Ruf: „Wer kommt mit?“ Manfred, der Neue, fragte naiv: „Wohin?“ „Natürlich zum Eisernen Gustav“, meine Antwort, „ein Bier nach diesem anstrengenden Abend ist notwendige Erholung.“ Der Weg war kurz und der Wirt stand schon bereit. „Na, wieder Bier und Korn?“ Ein dreifaches Nicken verkürzte die Zeremonie. „Wie war die Wahlauswertung?“, fragte der Wirt. Erst betretenes Schweigen. Dann Frida: „Bei einem Verlust von vielen Wählerstimmen gibt es keinen Grund, fröhlich zu sein.“ Meine Ergänzung: „Unsere Regierungsarbeit war nicht so erfolgreich. In den zehn Jahren wurde die Zahl der Wählerstimmen um 50 Prozent reduziert.“ „Was gibt es denn für Ursachen?“, der Wirt noch einmal. „Das Erscheinungsbild unserer Partei ist katastrophal. Die vielen öffentlichen Streitereien waren kein Zeichen von gegensei-

tiger Solidarität“, so die enttäuschte Frida. „Oft wurden selbst längst geglaubte sichere Standpunkte zur Disposition gestellt. Krieg ist für uns kein Mittel der Politik. Darüber sollte nie diskutiert werden“, so Dieter. Wir gingen an unseren Stammtisch und es ging weiter. „Der neue Parteivorstand hat sich in der Wahlvorbereitung auch nicht gerade intelligent angestellt“, warf Manfred ein. „Offensichtlich wird Regierungsarbeit in Berlin nicht besonders honoriert“, seine Ergänzung. „Es waren die vielen Fehler, die gemacht wurden und das im Bunde mit der SPD.“ „Wir waren die Kleinen im Schatten des Koalitionspartners“, so meine Meinung. „Na, dann Prost“, erst den Korn, dann einen tiefen Schluck vom Bier und der Wirt stand mit der neuen Ladung schon in der Tür. Er war sehr neugierig. Mir war das verständlich, hatte er doch DIE LINKE gewählt. Wir trafen uns am Montag

gleich wieder am selben Ort, um die Auswertung des Bundesparteitags zu beginnen. Strahlende Gesichter zur Begrüßung und viel Lob für diesen Parteitag. Manfred wieder zuerst: „Habt ihr gesehen, Halina hat sich der Stimme bei der Abstimmung enthalten.“ Die Enttäuschung wurde perfekt, als Manfred aus der Berliner Zeitung die Forderung von Klaus Lederer zur Vorverlegung des nächsten Parteitages vorlas. Er meinte die Personaldiskussion. Ich sagte erregt: „Ich schenke ihm eine Rolle Klebeband, damit er sich den Mund zukleben kann. Er lernt es nicht. Die Basisorganisationen erwarten jetzt Hilfen für die Umsetzung des neuen Programms.“ „Noch ein Wort“, so Kurt, „es wäre doch gut, wenn die gewählten Funktionäre ihre Mitarbeit in Plattformen und Foren einstellen. Sie sind doch für alle da und haben einen Mehrheitswillen zu vertreten.“

Klaus Flemming



WANNWOWASWANNWOWASWANN

22. November 18.00 Uhr
Vortrag, Das neue Programm der LINKEN, Referent: Dr. Bernd Ihme, Mitarbeiter Bereich Strategie und Grundsatzfragen, Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

23. November 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

25. November 14.30 Uhr
Seniorenweihnachtsfeier, Gast: Ernst Röhl (Karikaturist) in der Bezirksgeschäftsstelle

26. November 10.00 Uhr
Landesparteitag zu „DIE LINKE. Berlin nach den Wahlen 2011“, Ramada-Hotel in der Karl-Liebknecht-Straße 32 in Mitte

28. November 18.00 Uhr
Berlin verändert - und doch verloren, Diskussion/Vortrag mit Klaus Lederer, Vorsitzender der LINKEN Berlin, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

29. November 19.00 Uhr
Wolfgang Harichs Weg in das politische Abseits - Anlässlich des 55. Jahrestages seiner Verhaftung, Diskussion/Vortrag, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

29. November 19.00 Uhr
„Was geschieht mit unseren Geld“, Vortrag und Diskussion zur Eurokrise mit Sahra Wagenknecht (MdB), Künstlerhof Buch 45-51

7. Dezember 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

12. Dezember 18.00 Uhr
Basistag in der Bezirksgeschäftsstelle, Thema: Eurokrise

13. Dezember 14.00 Uhr
20 Jahre Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Jahresabschlussprogramm, „Sinfonietta“, Ein Konzert durch die Jahreszeiten mit literarischen Zwischentönen, Kleine Alexanderstraße 28

19. Dezember 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

15. Januar 10.00 Uhr
Liebknecht-Luxemburg-Ehrung, Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

Linksfraktion in der BVV Pankow
Bezirksamt
Fröbelstraße 17, Haus 7,
Fraktionszimmer, Raum 109

DIE LINKE Pankow
Bezirksgeschäftsstelle
Kopenhagener Straße 76,
Nähe S und U Schönhauser Allee

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schatz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31. Oktober 2011
Druck: double express Auflage: 6.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei
erscheint am **24. Januar 2012**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.
Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: U-Bahnlinie 2, Schönhauser Allee

Fotos: Sandra Kaliga, Katina Schubert, Frank Schwarz,
Sandra Brunner